



Kassenärztliche
Bundesvereinigung

Körperschaft des öffentlichen Rechts

KBV KOMPAKT

Newsletter vom 08. April 2009

Aus Berlin

CSU verlangt Neustart in Gesundheitspolitik – Schmidt wehrt sich gegen Kritik

Die CSU hat einen Neustart in der Gesundheitspolitik verlangt. Die Partei beschloss ein entsprechendes Positionspapier, in dem sie unter anderem Korrekturen am Gesundheitsfonds fordert. Es dürfe kein Patient schlechter versorgt werden und kein Arzt weniger Geld bekommen, hieß es in der Erklärung. Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer mahnte, beim Problem der Ärztehonorare müsse es bereits in den nächsten Wochen eine Lösung geben. Sonst müsse der Fonds in Frage gestellt werden, so Seehofer. Er habe die Zusage von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), dass das Honorarproblem gelöst werde, betonte der CSU-Chef.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) wies derweil den Vorwurf ihres bayerischen Amtskollegen Markus Söder (CSU) zurück, die Gesundheitsreform sei höchst unsozial. Die Reform sei vom Bundestag mit den Stimmen der großen Koalition verabschiedet worden und sichere eine „gute und moderne Versorgung für die Zukunft“, sagte Ministeriumssprecher Klaus Vater in Berlin. (Agenturmeldung, 3. April)

Forderung NRWs und Baden-Württembergs zur Honoraranhebung gescheitert

Eine Bundesratsinitiative Baden-Württembergs und Nordrhein-Westfalens (NRW) zur Neuregelung der Ärztehonorare ist in der Länderkammer gescheitert. Die Forderung nach einer Honoraranhebung in den beiden Bundesländern kam unter anderem von der Arbeits- und Sozialministerin Baden-Württembergs, Dr. Monika Stolz (CDU). Sie mahnte: „Es kann nicht angehen, dass von 17 Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) fast alle gewinnen und einige wenige exorbitant verlieren.“ Karl-Josef Laumann (CDU), nordrhein-westfälischer Gesundheitsminister, forderte: „Das gesetzliche Ziel, die Vergütung bundesweit anzugleichen, muss jetzt kurzfristig realisiert werden.“ Der Bundesrat plädierte indessen dafür, die jüngste Reform zunächst wirken zu lassen.

Außerdem verlangten die Länder, das Gesamthonorarvolumen in jedem KV-Bezirk auf das Mindestniveau des Jahres 2008 einzufrieren und die regionalen Spielräume bei der Honorarverteilung wieder herzustellen.

Weiterhin begrüßte Stolz die neuen Verhandlungen zur Honorarreform zwischen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und den Krankenkassen ausdrücklich. ([Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, 3. April](#), [Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg, 3. April](#), Agenturmeldung, 3. April)

Weltgesundheitstag 2009 widmet sich Maßnahmen im Katastrophenfall

Anlässlich des Weltgesundheitstags fand in Berlin eine Veranstaltung über die „Maßnahmen des Gesundheitswesens im Katastrophenfall“ statt. Mit dem Weltgesundheitstag am 7. April erinnert die

Weltgesundheitsorganisation (WHO) alljährlich an ihren Gründungstag im Jahre 1948. Die WHO will in diesem Jahr die Sicherheit von Gesundheitseinrichtungen in Katastrophenfällen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken. Die Veranstaltung informierte darüber, wie das deutsche Gesundheitswesen die Folgen etwa einer Influenzapandemie oder eines Naturereignisses bewältigen könnte. Dabei stand die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und anderen Akteuren im Mittelpunkt. Darüber hinaus wurden Beispiele für deutsche Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen im Ausland vorgestellt. ([Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit, 7. April](#))

Aus KBV und KVen

VV-Mitglieder üben Kritik an Mentes Äußerungen – Votum für die KV als Körperschaft

Die Mitglieder der Vertreterversammlung (VV) der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) haben über die umstrittenen Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden der KVB, Dr. Axel Munte, diskutiert. Zu den Diskussionsergebnissen gehörte, dass die unkoordinierte, missverständliche Aktion Munte unter den Ärzten und in der öffentlichen Diskussion für Irritationen gesorgt hat. Der Vorstandsvorsitzende bedauerte die Wirkung seiner Äußerungen zutiefst und entschuldigte sich für den unglücklichen Alleingang. Die VV-Mitglieder waren sich mit dem Vorstand der KVB einig, dass der Kollektivvertrag, der Körperschaftsstatus und ein ungeteilter Sicherstellungsauftrag durch die KV für Ärzte und Patienten das beste und effizienteste System der Gesundheitsversorgung darstellen. An die Politik richtete die VV den Appell, dieses bewährte Konzept zu stärken. Zudem soll die von der VV der Kassenärztlichen Bundesvereinigung beschlossene 14-Punkte-Deklaration auch für die KVB die Grundlage der zukünftigen Arbeit sein. ([Pressemitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, 6. April](#))

KV Brandenburg: Kein Kompromiss bei Diabetiker-Versorgung

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Brandenburg sieht die Versorgung von über 50.000 Diabetikern in den regionalen Diabetes-Schwerpunktpraxen gefährdet, da die Krankenkassen den bisherigen Strukturvertrag nicht zu gleichen Bedingungen weiterführen wollen. „Im vergangenen Jahr gaben die Kassen etwas über 5 Millionen Euro für die Behandlung der Patienten in den Schwerpunktpraxen aus, jetzt haben sie uns rund die Hälfte für die gleichen Leistungen angeboten. Das machen wir nicht mit“, sagte der stellvertretende KV-Vorsitzende und Verhandlungsführer, Dr. Peter Noack. Er verwies darauf, dass die Kassen im Osten seit Jahresbeginn erheblich mehr Geld aus dem Gesundheitsfonds erhalten als noch im Jahr 2008. Zugleich äußerte Noack die Hoffnung, dass die Kassen doch noch auf den von der KV vorgeschlagenen Kompromiss eingehen. ([Pressemitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg, 2. April](#))

KV Sachsen: Bundesgesundheitsministerium verbreitet falsche Zahl

Der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Sachsen, Dr. Klaus Heckemann, hat Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) vorgeworfen, mit Phantasiezahlen zur Honorarreform die Neiddebatte anzuheizen. Er reagierte damit auf Zahlen aus ihrem Ministerium, wonach die Vertragsärzte in Sachsen im Jahr 2009 einen Zuschlag von 29 Prozent gegenüber 2007 erhalten. Heckemann betonte, dass es sich hierbei um Hochrechnungen des Institutes des Bewertungsausschusses handelt. „Diese haben mit dem zwischen KV und Krankenkassen letztendlich erzielten Abschluss nichts zu tun.“ Heckemann stellte klar, dass „der Honorarzuwachs gegenüber 2007 in Sachsen circa 17 Prozent betragen wird. Damit wird die jahrzehntelange finanzielle Schlechterstellung der Ärzte in den neuen Bundesländern von 80 auf 94 Prozent im Vergleich zu den alten Ländern teilweise korrigiert.“ ([Pressemitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt, 2. April](#))

Sozialpsychiatrievereinbarung in Bayern wird fortgesetzt

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) und die bayerischen Krankenkassen haben beschlossen, die Sozialpsychiatrievereinbarung auch über das erste Quartal 2009 hinaus fortzusetzen. Die Vereinbarung ermöglicht unter bestimmten Voraussetzungen ambulant tätigen Kinder- und Jugendpsychiatern sowie Kinderärzten, Nervenärzten und Psychiatern mit entsprechender Zusatzqualifikation, in ihrer Praxis auch Psychologen, Sozialpädagogen oder Heilpädagogen zu beschäftigen und so ihre jungen Patienten betreuen zu können. Somit fördert die Vereinbarung eine qualifizierte fachübergreifende sozialpsychiatrische Behandlung von Kindern

und Jugendlichen in der ambulanten Versorgung. „Mit der Fortsetzung der Sozialpsychiatrievereinbarung ist es uns gelungen, einen wichtigen Honorarbaustein vieler Kinder- und Jugendpsychiater zu sichern und so einen Beitrag zu deren wirtschaftlicher Sicherheit und Verlässlichkeit zu leisten“, sagte Rudi Bittner, zweiter stellvertretender Vorstandsvorsitzender und Bereichsvorstand Psychotherapeuten der KVB. ([Pressemitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, 3. April](#))

KV Nordrhein veröffentlicht Regressratgeber

Um Arznei- und Heilmittelregresse bei den Niedergelassenen zu vermeiden, hat die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Nordrhein einen Ratgeber für ihre Mitglieder erstellt. Die Broschüre beantwortet unter anderem, was Richtgrößen sind, warum es Quoten für Analogpräparate und Leitsubstanzen gibt und wie der Sprechstundenbedarf geprüft wird. Zudem erklärt der Ratgeber, wie beispielsweise Richtgrößenprüfungen ablaufen. „Wenn klar ist, auf welcher Grundlage die Prüfungsgremien entscheiden, kann im Zweifel auch adäquat gegen einen drohenden Regress argumentiert werden“, sagte Dr. Leonhard Hansen, Vorsitzender der KV Nordrhein. ([Pressemitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, 7. April](#))

KV Baden-Württemberg veranstaltet Fachtagung zum Thema Selbsthilfe

Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) lädt Ärzte, Patienten und Mitglieder von Selbsthilfegruppen am 25. April zu einer Fachtagung zum Thema Selbsthilfe nach Reutlingen ein. In Workshops wollen Experten aktuelle Themen aufgreifen und vertiefen. Selbsthilfegruppen gewähren den Patienten einen wichtigen Rückhalt und helfen ihnen, den Umgang mit der Krankheit zu gestalten. Die Gruppen bieten darüber hinaus Hilfestellungen an, die die ärztliche Versorgung sinnvoll ergänzen und den Arzt entlasten. Das ist gerade unter den immer restriktiveren Rahmenbedingungen und dem immer knapper werdenden Zeitbudgets der Ärzte ein nicht zu unterschätzender Vorteil. ([Pressemitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, 7. April](#))

Aus den Verbänden

Hausarztverträge der Ersatzkassen: positive Resonanz auf Ideenwettbewerb

Der Verband der Ersatzkassen e. V. (VdEK) hat Ärztenetze und andere Ärztegemeinschaften zu einem Ideenwettbewerb zur hausärztlichen Versorgung aufgerufen. Die eingegangenen Vorschläge ließen erkennen, wie die Patientenversorgung qualitativ verbessert werden könnte, sagte der Vorsitzende des VdEK, Thomas Ballast. „Wichtig für uns ist ein attraktives Versorgungsangebot für die Versicherten“, betonte Ballast. „Die Patienten sollen freiwillig an der besonderen hausärztlichen Versorgung teilnehmen und die Verbesserung soll spürbar sein.“ Die Ersatzkassen setzen mit dem Ideenwettbewerb die Anforderungen des Gesetzgebers um. Dieser hatte die Krankenkassen dazu verpflichtet, flächendeckend Verträge über eine besondere hausärztliche Versorgung mit Allgemeinärzten abzuschließen. Problematisch sei für die Ersatzkassen, die gesetzliche Verpflichtung zum Abschluss dieser Verträge. „Wir wollen Flexibilität und Ideenvielfalt“, so Ballast. Dies sei nicht zu erreichen, in dem man Hausärzteverbände quasi in eine Monopolstellung bringe. Dies hätte zur Folge, dass nur noch auf das Geld geschielt werde, die Versorgungsqualität aber in den Hintergrund gerate, erklärte der VdEK-Vorsitzende. Eine Kopie des AOK-Hausarztvertrages in Bayern lehnt der VdEK ab, da durch diesen Mehrkosten von bis zu 4 Milliarden Euro auf die gesetzliche Krankenversicherung zukommen würden. Die gewohnte hausärztliche Versorgung besteht nach wie vor und wird auch weiterhin von den Ersatzkassen bezahlt, bestätigt Ballast. Das sähen das Gesetz und die mit den Kassenärztlichen Vereinigungen abgeschlossenen Verträge vor. ([Pressemitteilung des Verbands der Ersatzkassen e. V., 8. April](#))

Hoppe bezeichnet Pfeiffer's Äußerungen als „absolute Unverschämtheit“

Der Vorschlag von Dr. Doris Pfeiffer, Vorstandsvorsitzende des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenkassen, einen Abschlag bei der Bezahlung der Vertragsärzte für den Fall massiver Diagnosebetrügereien einzuführen, ist auf Ablehnung bei der Bundesärztekammer (BÄK) gestoßen. BÄK-Präsident Prof. Jörg-Dietrich Hoppe sagte: „Das ist Billig-Populismus, um von den Manipulationsversuchen der eigenen Branche abzulenken.“ An die Ortskrankenkassen richtete er

den Vorwurf: „Die AOK verspricht den Ärzten Boni für ein Upgrading in der Diagnose und will dann die Ärzte an den Pranger stellen“.

Hintergrund ist, dass die Krankenkassen seit Jahresbeginn mehr Geld aus dem Gesundheitsfonds erhalten, wenn ihre Versicherten bestimmte Krankheiten haben. ([Pressemitteilung der Bundesärztekammer, 8. April](#))

Bundespsychotherapeutenkammer fordert psychische Betreuung von Katastrophenopfern

Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) hat eine bessere Akutversorgung psychischer Schäden durch Katastrophenfälle gefordert. Ihr Präsident Prof. Rainer Richter kritisierte die Tatsache, dass sich die professionelle medizinische Versorgung in Deutschland nur auf die körperlichen Verletzungen der Katastrophenopfer richtet. „Eine professionelle Einschätzung von psychischen Verletzungen ist wichtig, da Aktionismus oder als Stressbewältigung bei manchen Katastrophenopfern sogar schädlich sein kann.“ Durch eine psychotherapeutische Akutversorgung können posttraumatische Belastungsstörungen der Betroffenen frühzeitig erkannt und behandelt werden.

Anlass dieser Kritik war der Weltgesundheitstag am 7. April, der unter dem Motto „Maßnahmen des Gesundheitswesens im Katastrophenfall“ stand. ([Pressemitteilung der Bundespsychotherapeutenkammer, 7. April](#))

Bundeszahnärztekammer hat ab Oktober neue Hauptgeschäftsführung

Florian Lemor wird ab 1. Oktober die Hauptgeschäftsführung der Bundeszahnärztekammer übernehmen. Dies hat der Vorstand der Bundeszahnärztekammer entschieden. Seit 2001 war der Rechtsanwalt für den Bundesverband der Freien Berufe (BFB) als Referent und Geschäftsführer in den Brüsseler und Berliner Büros tätig. Lemor ist Nachfolger vom langjährigen Hauptgeschäftsführer, Herrn Dipl.-Volkswirt Klaus Schlechtweg. ([Gemeinsame Pressemitteilung des Bundesverbands der Freien Berufe und der Bundeszahnärztekammer, 3. April](#))

Kindergesundheit wird zum Hauptthema am diesjährigen Tag der Apotheke

Dem Thema Kindergesundheit widmet die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) ihren diesjährigen Tag der Apotheke, der am 18. Juni stattfindet. „Wir Apotheker wollen Eltern über Besonderheiten bei der Arzneimitteltherapie ihrer Kinder und Präventionsmöglichkeiten aufklären – als Verbraucherschützer auch für die Kleinsten“, so Friedemann Schmidt, Vizepräsident der ABDA. Wichtig dabei sei das Potenzial der wohnortnahen Apotheken, die direkten Kontakt zu Eltern und Kindern haben. Initiiert wird der Tag der Apotheke von der ABDA in Kooperation mit den Landesapothekerkammern und -verbänden. ([Pressemitteilung der ABDA, 7. April](#))

Behandlungsmindestmengen können Todesfälle von Säuglingen vermeiden

Mindestmengen in Krankenhäusern für die Behandlung von Früh- und Neugeborenen mit sehr niedrigem Geburtsgewicht können Todesfälle verhindern. Dies geht aus einer Studie des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) hervor. Demnach gilt, je höher die Mindestmengen sind, desto geringer ist die Sterblichkeit. Dem WIdO zufolge würde eine Mindestmenge von 49 untergewichtigen Frühgeborenen pro Klinik potenziell 110 Todesfälle jährlich vermeiden. Für diese im aktuellen Krankenhaus-Report 2008/2009 veröffentlichte Studie wurden die bundesweiten Krankenhaus-Abrechnungsdaten von insgesamt rund 12.000 AOK-Versicherten herangezogen. ([Pressemitteilung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK, 3. April](#))

Berufsverband Deutscher Internisten feiert fünfzigsten Geburtstag

Am 5. April feierte der Berufsverband Deutscher Internisten (BDI) sein fünfzig-jähriges Bestehen. Die Idee eines eigenen Fachverbands als Ergänzung zur wissenschaftlich orientierten Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin fand noch im ersten Jahr unter den Internisten eine rasche Zustimmung. Heute ist der BDI mit circa 25.000 Mitgliedern der größte ärztliche Fachverband aus in Europa. ([Pressemitteilung des Berufsverbands Deutscher Internisten, 8. April](#))

Aus der Welt

Internationaler Weltgesundheitsgipfel in Berlin

Zu ihrem dreihundertjährigen Bestehen lädt die Charité im Oktober zu einem internationalen Weltgesundheitsgipfel nach Berlin. Nach Angaben des Veranstalters nehmen Regierungsvertreter sowie Vertreter aus Wissenschaft, Industrie und Gesellschaft aus aller Welt teil, um drängende Fragen der globalen Gesundheit zu diskutieren. Zu den Themen gehören insbesondere Prävention, Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit, Bekämpfung von Pandemien, Infektionskrankheiten, Finanzierbarkeit der Gesundheitssysteme sowie Verteilungsgerechtigkeit. Es sei „eine Art G7 der Medizin“, erklärt der Chef des Bundeskanzleramtes, Thomas de Maizière, die Bedeutung des Weltgesundheitsgipfels. Dieser steht unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel und des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy. Beide Regierungen fördern den Gipfel mit jeweils etwa 300.000 Euro. Der internationale Weltgesundheitsgipfel findet vom 15. bis 18. Oktober in Berlin statt. (Agenturmeldung, 8. April)

Außerdem

Umfrage: Nicht alle Eltern sind für Impfungen

Zehn Prozent der Eltern in Deutschland finden Impfungen für Kinder unwichtig. Davon lehnen ein Prozent der Befragten Impfungen ihrer Kleinen grundsätzlich ab, während neun Prozent zumindest Zweifel an der Notwendigkeit haben. Dies ergab eine Umfrage des Forsa-Instituts im Auftrag der Deutschen Angestellten-Krankenkasse (DAK) und der Zeitschrift „Eltern“. An der Umfrage beteiligten sich über 1.000 Eltern von Kindern im Alter bis sechs Jahren.

Wie eine weitere Umfrage der DAK unter rund 1.000 Frauen und Männern ab 18 Jahren zeigt, fürchten 44 Prozent der Befragten, dass Mehrfachimpfungen den Organismus von Säuglingen überfordern. Außerdem halten 66 Prozent der Befragten eine Impfpflicht gegen Masern für sinnvoll, während 26 Prozent diese ablehnen. Masern sind eine von 13 Impfungen, die die Ständige Impfkommission derzeit für Kinder empfiehlt.

Auf die Notwendigkeit von Impfungen soll auch die vierte Europäische Impfwoche der Weltgesundheitsorganisation vom 20. bis 26. April hinweisen. (Agenturmeldung, 8. April)

Bürger vertrauen Ärzten mehr als Richtern

Viele Deutsche vertrauen ihrem Arzt. Das geht aus der Verbraucherstudie „European Trusted Brands 2009“ für das Magazin „Readers Digest“ hervor. In der Studie haben über 7.000 Deutsche und insgesamt fast 23.000 Menschen aus 16 europäischen Ländern die ihrer Meinung nach vertrauenswürdigsten Berufe angegeben.

Danach genießen Feuerwehrleute in Deutschland das größte Vertrauen der Bevölkerung. So setzen 93 Prozent der Deutschen ein „ziemlich“ oder „sehr hohes“ Vertrauen in Feuerwehrmänner. Auf den nächsten Plätzen folgen Piloten (91 Prozent), Krankenschwestern (90 Prozent), Apotheker (86 Prozent) und Ärzte (84 Prozent). Weniger Vertrauen bringen die Deutschen hingegen Landwirten (70 Prozent) und Richtern (58 Prozent) entgegen. Auf dem 18. und letzten Platz landeten Politiker mit nur sieben Prozent Vertrauensanteil. Das sind fünf Prozent weniger als bei der Erhebung im Jahr 2003. (Agenturmeldung, 8. April)

KOMPAKT-Zahl der Woche: 252,8

252,8 Milliarden Euro hat Deutschland für Gesundheit im Jahr 2007 ausgegeben. Das sind 7,8 Milliarden Euro mehr gegenüber dem Vorjahr. Trotzdem ist der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 10,5 Prozent im Jahr 2006 auf 10,4 Prozent im Jahr 2007 gesunken. Das berichtete das Statistische Bundesamt anlässlich des Weltgesundheitstags am 7. April. (Statistisches Bundesamt, 6. April)

Aus dem Terminkalender

- 23.04.2009 Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr
- 20.04.2009 [Spreestadt-Forum: Vom Krankenhaus zum Gesundheitszentrum und vom Gesundheitszentrum zum Krankenhaus zurück?](#)
Berlin, 18.15 Uhr
- 25.04.2009 Vertreterversammlung der KV Bayerns
München, 9 Uhr
- 27.04.2009 [Spreestadt-Forum: Zur Zukunft der forschenden Pharmaunternehmen](#)
Berlin, 18.15 Uhr
- 29.04.2009 [„Arzt für alle Kassen“: Gerecht versorgt in die Zukunft?](#)
KBV Kontrovers im Ellington Hotel Berlin, 10 Uhr
- 29.04.2009 Vertreterversammlung der KV Baden-Württemberg
Stuttgart, 14 Uhr
- 08.05.2009 [Symposium „Psychotherapie im Alter“](#)
Berlin, 10 bis 13 Uhr
- 29.05.2009 [Tag der Niedergelassenen](#)
ICC-Berlin, 9 Uhr
- 12-13.06.2009 [5. Mitteldeutsche Fortbildungstage](#)
Dresden
- 16.06.2009 Vertreterversammlung der KV Bremen
Bremen, 19.30 Uhr
- 17.06.2009 Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz
Mainz, 15.30 Uhr
- 18.06.2009 Vertreterversammlung der KV Hamburg
Hamburg, 20 Uhr
- 20.06.2009 Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe
Münster, 10 Uhr
- 24.06.2009 Vertreterversammlung der KV Saarland
Saarbrücken, 16 Uhr

Aus der Presse

KBV-Vertreterversammlung: Köhler fordert mehr Spielraum von der Politik

Die Mitglieder der KBV-Vertreterversammlung bekennen sich zu ihrer Verantwortung für eine flächendeckende, qualitätsgesicherte ambulante Versorgung. Dies berichtet das Deutsche Ärzteblatt. Diesen Auftrag können die Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) und die KBV jedoch nur erfüllen, wenn sie von der Politik wieder mehr Gestaltungsspielraum erhalten. „Wir machen im Interesse der Mitglieder nur weiter, wenn der Gesetzgeber einige unabdingbare Forderungen erfüllt“, sagte der KBV-Vorstandsvorsitzende, Dr. Andreas Köhler, auf der Versammlung. Zu den Forderungen gehört insbesondere, dass das KV-System wieder den ungeteilten Sicherstellungsauftrag erhält. ([Deutsches Ärzteblatt, 3. April](#))

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 4005 – 2203

Fax: 030 / 4005 – 27 2203

E-Mail: wreinert@kbv.de, fknoeppke@kbv.de, agraumann@kbv.de, ivelikova@kbv.de

Hier können Sie unsere Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unsere Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/service/115.html>